

SpiFa: Vorschläge der Finanzkommission gefährden fachärztliche Patientenversorgung

Berlin, 30. März 2026 – Die vom Bericht der Finanzkommission Gesundheit ausgehenden Vorschläge zur Streichung der extrabudgetären Vergütung stoßen beim Spitzenverband Fachärztinnen und Fachärzte Deutschlands e.V. (SpiFa) auf scharfe Kritik. Der Dachverband der Fachärzteschaft warnt vor spürbaren Folgen für gesetzlich krankenversicherte Patientinnen und Patienten in ganz Deutschland.

„Hier wird nicht im System gespart, hier wird an der Versorgung der Patientinnen und Patienten gespart“, erklärt Dr. med. Dirk Heinrich, Vorstandsvorsitzender des SpiFa. „Wer die Vergütung für akute und dringende Behandlungen und offene Sprechstunden streicht, gefährdet genau die Strukturen, die schnelle Hilfe ermöglichen.“

Weniger Geld für schnelle Hilfe bedeutet längere Wartezeiten

Bisher werden bestimmte Leistungen, etwa bei akuten Beschwerden und dringenden Terminen oder in offenen Sprechstunden, außerhalb fester Budgetgrenzen vergütet. Das bedeutet: Praxen können zusätzliche gesetzlich versicherte Patientinnen und Patienten behandeln, ohne wirtschaftliche Nachteile zu riskieren.

Fallen diese Leistungen künftig wieder unter die Budgetierung, gilt faktisch: Mehr Patienten bedeuten mehr Arbeit, aber nicht mehr Vergütung.

„Medizin lässt sich nicht deckeln wie ein Haushaltsbudget“, so Dr. Heinrich. „Wenn zusätzliche Behandlungen nicht mehr bezahlt werden, werden sie zwangsläufig weniger angeboten, mit direkten Folgen für die Patienten.“

Der SpiFa warnt konkret vor:

- längeren Wartezeiten auf Facharzttermine
- weniger kurzfristigen Behandlungsmöglichkeiten
- einer Verlagerung von Patientinnen und Patienten in überlastete Notaufnahmen

TSVG-Paket wird politisch aufgekündigt

Besonders kritisch bewertet der SpiFa den Bruch mit der bisherigen politischen Linie: Mit dem Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) hatte der Gesetzgeber bewusst ein Gesamtpaket geschnürt.

Mehr Sprechstunden und bessere Erreichbarkeit von Arztpraxen wurden damals gezielt mit einer verbesserten Vergütung zusätzlicher Leistungen verknüpft.

„Die Botschaft war klar: Mehr Versorgung wird auch bezahlt“, erklärt Dr. Heinrich. „Wenn jetzt die Vergütung gestrichen wird, wird diese Paketlogik einseitig aufgekündigt.“

Die Folge sei absehbar: Erweiterte Sprechstunden und zusätzliche Angebote für Akutpatienten könnten in dieser Form nicht aufrechterhalten werden.

Termingarantie in drei Wochen: politisches Versprechen ohne Grundlage

Gleichzeitig fordern Teile der Politik eine Termingarantie für Facharzttermine innerhalb von drei Wochen. Für den SpiFa ist das ein offensichtlicher Widerspruch.

„Schnellere Termine lassen sich nicht per Gesetz verordnen, wenn gleichzeitig die Grundlage dafür entzogen wird“, so Heinrich. „Die Politik verspricht mehr Versorgung – und streicht gleichzeitig die Finanzierung. Das passt nicht zusammen.“

Eine verlässliche Terminvergabe sei ein richtiges Ziel, aber nur unter den entsprechenden Rahmenbedingungen erreichbar.

„Wer ernsthaft will, dass gesetzlich krankenversicherte Patientinnen und Patienten schneller Termine bekommen, muss die Praxen auch in die Lage versetzen, diese zusätzlichen Termine anzubieten“, betont Heinrich.

„Patienten brauchen Versorgung – keine politischen Widersprüche“

Der SpiFa fordert die Politik auf, die Vorschläge der Finanzkommission Gesundheit zu überdenken und die Finanzierung der ambulanten fachärztlichen Versorgung nicht weiter zu schwächen.

„Am Ende trifft dieser Kurs genau die Menschen, die auf schnelle medizinische Hilfe angewiesen sind. Patienten brauchen eine verlässliche Versorgung und keine Versprechen, die in der Realität nicht eingehalten werden können.“, erklärt Dr. Heinrich abschließend.





www.SpiFa.de

www.spifa.de

Der SpiFa repräsentiert mit seinen Mitgliedsverbänden über 150.000 Fachärztinnen und Fachärzte in Klinik und Praxis. Ziel ist die Vertretung derer übergeordneten Interessen gegenüber Politik, Selbstverwaltung und anderen Verbänden, sowie deren politische Durchsetzung auf Bundes- und Landesebene.

Spitzenverband Fachärztinnen und Fachärzte Deutschlands e.V. (SpiFa)

Herausgeber (V.i.S.d.P.): Dr. med. Dirk Heinrich, Dr. med. Helmut Weinhart,
Prof. Dr. med. Hermann Helmberger, Dr. med. Petra Bubel,
Dr. med. Norbert Smetak, Jan Henniger, Markus Haist (kooptiert),
Dr. med. Anna-Katharina Doepfer (kooptiert)

Hauptgeschäftsführer: Dr. iur. André Byrla

Pressekontakt: Spitzenverband Fachärztinnen und Fachärzte Deutschlands e.V.
Frau Anna Sophia Heinrich
Referentin für Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Robert-Koch-Platz 9, 10115 Berlin
presse@spifa.de

Folgen Sie uns gerne auf LinkedIn!



MEIN FACHARZT. MEINE WAHL.

